



Nr. 5 / 5. September 2019

150 Expert*innen diskutieren Gesundheitsversorgung von Geflüchteten im Kieler Landeshaus

Gemeinsame Pressemitteilung des Flüchtlingsbeauftragten mit dem PARITÄTISCHEN Schleswig-Holstein

Bitte beachten Sie die SPERRFRIST: 5. September 2019, 14:00 Uhr

Bei der Fachtagung „Gesundheit ist ein Menschenrecht“ diskutierten am 5. September im Kieler Landeshaus rund 150 Fachkräfte aus dem Gesundheitswesen, der Sozialen Arbeit sowie aus der Politik über die Gesundheitsversorgung von Geflüchteten. Initiiert hatte die Veranstaltung der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband Schleswig-Holstein e. V mit dem Landesbeauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen sowie zahlreichen AMIF-Netzwerken.

In den lebhaften Diskussionen und Vorträgen offenbarten sich erhebliche Defizite zu Lasten der Geflüchteten. So zeigte sich, dass eine angemessene gesundheitliche Versorgung häufig bereits an Sprachbarrieren scheitert. Das gilt insbesondere für die psychotherapeutische und psychosoziale Versorgung der häufig traumatisierten Menschen. Viele Ärzt*innen würden deren Behandlung wegen fehlender Kommunikationsmöglichkeiten ablehnen, berichteten zahlreiche Expert*innen.

„Wenn es die Politik mit der Integration von Geflüchteten ernst meint, darf sie Kranke nicht ausschließen“, kritisierte Eberhard Jänsch-Sauerland, Vorsitzender der Kreisarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände Ostholstein. „Die Finanzierung von Dolmetscher*innen muss dringend in den Leistungskatalog der Krankenkassen aufgenommen werden“, so Jänsch-Sauerland weiter.

Im Kern ginge es darum, dass die Politik die Voraussetzungen für eine Integration im Gesundheitsbereich verbessern müsse, ergänzte Ursula Schele, Verbandsratsvorsitzende des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbandes SH. Zwar habe die Jamaika-Koalition einen

Gesetzesentwurf zur Integration und Teilhabe vorgelegt („Integrations- und Teilhabegesetz für Schleswig-Holstein – IntTeilhG“). Doch ausgerechnet Gesundheit als Menschenrecht finde in diesem Entwurf keinen Niederschlag. „Kranke Menschen haben keine Chance, sich fortzubilden, eine Arbeit aufzunehmen oder am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. So kann Integration nicht gelingen“, sagte Schele.

Eine bessere psychologische und fachliche Unterstützung gerade von traumatisierten Geflüchteten im Asylverfahren forderte auch der Flüchtlingsbeauftragte des Landes Stefan Schmidt. „Diese Menschen sind ganz besonders auf eine unabhängige, parteiliche Verfahrensberatung angewiesen. Es ist wichtig, sie frühzeitig vor der Anhörung zu identifizieren und ihnen genügend Zeit zu geben, erst einmal bei uns anzukommen und sich psychisch und physisch zu stabilisieren“, so Schmidt. Er forderte außerdem, psychosoziale und psychologische Angebote in der Abschiebehafte zu gewährleisten. Eine entsprechende Betreuung ist bislang nicht vorgesehen.